

**Verpflichtung zur Einhaltung
der datenschutzrechtlichen Anforderungen
nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

- Katastrophenschutz, Not- und Krisenfall

Information zur Datenerhebung gem. Art. 13 DSGVO

(Datenschutzinformation)

Kommunalverwaltung	Gemeindeverwaltung Elztal
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Bürgermeister Marco Eckl
Behördlicher Datenschutzbeauftragter (m, w, d)	E-Mail: datenschutz@elztal.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Die personenbezogenen Daten werden zum Zwecke des Not- und Krisenfalls bei Hochwasser, Starkregen oder Stromausfall benötigt sowie zur Fortschreibung der Alarm- und Einsatzpläne beim Landkreis als Katastrophenschutzbehörde verarbeitet. Außerdem erfolgt die Erstellung einer Warn- und Infoliste damit eine frühzeitige Warnung erfolgen kann. Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 10 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) und § 2 Abs. 2 Nr. 2 Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) erhoben und verarbeitet.
geplante Speicherdauer	Die personenbezogenen Daten werden ab sofort gespeichert und solange für ihren Zweck gespeichert solange diese benötigt werden. Ansonsten halten wir uns an die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Die erhobenen personenbezogenen Daten werden intern im Verwaltungsstab der Gemeinde Elztal verarbeitet und an den Landkreis als Katastrophenschutzbehörde übermittelt.
Betroffenenrechte	Sie haben als betroffene Person das Recht von der Gemeindeverwaltung Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@ldi.bwl.de beschweren.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Sie sind nicht verpflichtet, die zum oben genannten Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten bereitzustellen. Sind Sie damit nicht einverstanden, kann eine entsprechende Kontaktierung in einem Krisen- oder Katastrophenschutzfall nicht erfolgen.

Stand 15.02.2024